

Bayerischer Landtag
Kinderkommission des Bayerischen Landtags

AZ: 16/KiKo-B-003

Beschluss der Kinderkommission vom 20.04.2010

Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags

Arbeitsprogramm für die 16. Legislaturperiode

Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags hat sich für die 16. Wahlperiode folgende Arbeitsschwerpunkte gesetzt:

Themen

wahrgenommen durch

- | | |
|---|--------------------------|
| • Frühkindliche Bildung | MdL Petra Dettenhöfer |
| • Kinder und Jugendhilfe / Kinder und Gewalt | MdL Petra Dettenhöfer |
| • Kinder und Mobilität | MdL Petra Dettenhöfer |
| • Kinderarmut | MdL Dr. Simone Strohmayr |
| • Kinder und Medien | MdL Dr. Simone Strohmayr |
| • UN-Kinderrechtskonvention | MdL Dr. Simone Strohmayr |
| • Schulische Bildung | MdL Eva Gottstein |
| • Selbst- und Mitbestimmungsrechte
von Kindern | MdL Eva Gottstein |
| • Kinder und Alltag | MdL Eva Gottstein |
| • Kinder und Ernährung / Verbraucherschutz | MdL Claudia Stamm |
| • Kinder und Flucht / Integration | MdL Claudia Stamm |
| • Vernachlässigung von Kindern und soziale
Ausgrenzung | MdL Claudia Stamm |
| • Kinder und Behinderung / Inklusion | MdL Brigitte Meyer |
| • Kinder und Kultur | MdL Brigitte Meyer |
| • Kinder und Gesundheit / Sport | MdL Brigitte Meyer |

Vorwort

„Kinder sind unsere Zukunft“ ist ein trotz aller Schlichtheit zutiefst richtiger Satz. Die demographische Entwicklung steht bereits jetzt aufgrund der in den vergangenen Jahrzehnten für eine stabile Bevölkerungszahl in Deutschland unzureichenden Geburtenquote fest. Insbesondere auch angesichts dieser Entwicklung ist das Bewusstsein in Politik und Gesellschaft für die Bedeutung der Familienpolitik, einer Politik für Kinder deutlich gewachsen. Es wäre jedoch fatal, unter dem Eindruck der demographischen Entwicklung die Diskussion auf eine Absicherung der bestehenden Sozialversicherungssysteme zu reduzieren. Vielmehr muss es darum gehen alle Facetten des Lebens kinderfreundlich auszugestalten. Dies ist eine Querschnittsaufgabe, die nahezu alle Politikfelder berührt.

Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags hat sich auf einen von allen Fraktionen des Bayerischen Landtags getragenen Beschluss hin konstituiert. Die Kinderkommission ist ein Unterausschuss des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit des Bayerischen Landtags. Jede der fünf Fraktionen im Bayerischen Landtag stellt jeweils ein Mitglied in dem neuen Gremium sowie eine Stellvertreterin bzw. Stellvertreter. In der 16. Wahlperiode sind die Mitglieder der Bayerischen Kinderkommission MdL Petra Dettenhöfer (CSU), MdL Dr. Simone Strohmayer (SPD), MdL Eva Gottstein (FW), MdL Claudia Stamm (Bündnis 90/Die Grünen) und MdL Brigitte Meyer (FDP). Der Vorsitz wechselt turnusmäßig zwischen den ordentlichen Mitgliedern. Beschlüsse, Empfehlungen, Stellungnahmen und öffentliche Äußerungen der Kinderkommission bedürfen der Einstimmigkeit. Wir wünschen uns sehr, dass diese interfraktionelle Zusammensetzung dazu beiträgt, Anregungen und Vorschläge für eine Politik für Kinder zu entwickeln, die von dem Bemühen um einen überparteilichen Konsens getragen ist.

Die Kinderkommission versteht sich als Sprachrohr für die Interessen von Kindern im Parlament. Außerdem will sie Ansprechpartnerin sein für Verbände, Organisationen und Einrichtungen, die sich mit Anliegen von Kindern und Jugendlichen beschäftigen. Die Kinderkommission wird sich daher intensiv mit Experten beraten und vor allem sich mit den Ideen der Experten in eigener Sache, den Kindern und ihren Familien, befassen.

Petra Dettenhöfer
Eva Gottstein
Brigitte Meyer

Dr. Simone Strohmayr
Claudia Stamm

Frühkindliche Bildung

Verantwortlich: MdL Petra Dettenhöfer

Der Grundstein der frühkindlichen Bildung und Erziehung wird im Elternhaus gelegt. Entwicklungs- und Bildungschancen sind eng mit der Förderung durch die Eltern verbunden. In der Familie werden die entscheidenden Weichen für die soziale, persönliche und emotionale Entwicklung des Kindes und damit für seinen Bildungserfolg und seine künftigen Chancen im Leben gestellt. Der Großteil der Eltern ist sehr bemüht, das Beste für ihre Kinder zu erreichen. Deshalb gilt es in erster Linie die Eltern in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken. Familienstützpunkte, Mütterzentren, Erziehungsberatungsstellen oder das Hebammenprojekt Maja sind wichtige Begleiter, um Mütter und Väter bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe zu unterstützen.

Kindertageseinrichtungen leisten mit ihrer hochwertigen pädagogischen Arbeit einen wertvollen Beitrag zur frühkindlichen Bildung unserer Kinder – sie unterstützen und ergänzen die Eltern. Besonderes Augenmerk ist in diesem Zusammenhang auf die Qualitätsstandards zu legen. Der Anstellungsschlüssel sollte weiter verbessert werden. Tagespflege als Alternative muss für die Eltern bezahlbar sein. Für Kinder unter 3 Jahren ist der bedarfsgerechte Ausbau der Plätze in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wichtiger Baustein. Der Situation von Alleinerziehenden und ihren besonderen Bedürfnissen sollte besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, da sie ihrer Familienverantwortung unter erschwerten Bedingungen gerecht werden müssen.

Für Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder aus einem schwierigen sozialen Umfeld kann die frühzeitige Inanspruchnahme staatlicher Einrichtungen helfen, grundlegende Kompetenzen für den späteren Erfolg in Schule, Beruf und gesellschaftlichem Leben rechtzeitig zu erwerben. Kindertageseinrichtungen tragen so auch zu mehr Chancengerechtigkeit bei. Dafür bedarf es insbesondere einer gezielten Sprachförderung für Migrantenkinder, aber auch für Kinder ohne Migrationshintergrund, die aber in ihrer Sprachentwicklung verzögert sind. Um die Kinder beim Übergang von Kindergarten und Grundschule zu begleiten bedarf es ferner der engen Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule.

Die Kinderkommission wird sich daher

- durch einen Besuch beim Staatsinstitut für Frühpädagogik über den gegenwärtigen Stand der Bildungsforschung im frühkindlichen Bereich informieren.
- sich vor Ort ein Bild über das Modellprojekt Kindergarten der Zukunft KIDZ machen und Anregungen erarbeiten, wie die Erkenntnisse aus diesem Projekt für alle Kindertageseinrichtungen umgesetzt werden können.
- mit einem Besuch bei einer Fachakademie für Sozialpädagogik den gegenwärtigen Stand der Erzieherinnenausbildung sowie Möglichkeiten der Weiterentwicklung eruieren.

Kinder und Jugendhilfe / Kinder und Gewalt

Verantwortlich: MdL Petra Dettenhöfer

Es ist eine Aufgabe allerersten Ranges, Kinder bestmöglich vor Gefährdungen zu schützen. Diese Aufgabe setzt nicht erst im konkreten Gefährdungsfall ein. Vielmehr gilt es Gefährdungen präventiv entgegenzuwirken.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik für den Freistaat Bayern 2008 weist 1.385 Kinder als Opfer von Gewaltstraftaten aus. In ca. der Hälfte der Fälle kannte das Kind den Täter oder war sogar mit ihm verwandt. Diese Zahlen spiegeln allerdings nur die Spitze des Eisberges wider. Es gilt weit unterhalb der Schwelle zur Strafbarkeit Kinder vor jeglicher Form von Gewalt zu schützen. So bedeutet etwa gewaltfreie Erziehung weitaus mehr, als Kinder nicht mehr zu schlagen. In den Blick zu nehmen ist dabei nicht nur die Anwendung von körperlicher Gewalt, sondern auch von psychischer Gewalt. Auch Gewalttätigkeiten bei Kindern untereinander sowie zunehmend gegen sich selbst gerichtete Gewalt von Kindern stellen gravierende Problemfelder dar.

Ein zentraler Akteur zum Schutz der Kinder vor Gefährdungen ist die Kinder- und Jugendhilfe. Mit ihren beratenden, unterstützenden und fördernden Angeboten für junge Menschen und ihre Familien tragen sie insbesondere präventiv dazu bei, im persönlichen Nahfeld von Kindern Gefährdungspotentiale abzubauen. Beispielhaft für diese Angebotspalette sind hier die Kindertageseinrichtungen als Partner der Eltern bei der Bildung und Erziehung ihrer Kinder, die Erziehungs-, Eltern- und Familienberatungsstellen, die die elterlichen Kompetenzen bei der Förderung ihrer Kinder verbessern. Wenn sich jedoch Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung ergeben, die die Eltern nicht abwenden können oder wollen, muss das Jugendamt aufgrund seines staatlichen Schutzauftrags intervenieren.

Die Kinder- und Jugendhilfe bedarf jedoch der guten Vernetzung mit vielen weiteren Institutionen, damit Kinderschutz gelingen kann. Hierzu gehören neben dem Jugendamt und den Akteuren der Jugendhilfe insbesondere auch die Justiz und Polizei, die Schule sowie das Gesundheitsamt.

Die Kinderkommission wird daher

- sich vor Ort über die Arbeit einer koordinierenden Kinderschutzstelle sowie das Bayerische Kinderschutzkonzept informieren und
- zusammen mit Praktikern aus Jugendhilfe, Polizei und Justiz über die Entwicklung der Gewalt an Kindern und Lösungsmöglichkeiten beraten.

Kinder und Mobilität

Verantwortlich: MdL Petra Dettenhöfer

Wir leben in einer Zeit weiter wachsenden Individualverkehrs und der Beschleunigung. Kinder haben einen natürlichen Drang zur Bewegung. Bewegung dient ihnen nicht nur zur körperlichen Ertüchtigung, sondern auch zum Entdecken und Begreifen ihrer Welt. Bewegung und Lernen gehören bei Kindern untrennbar zusammen. Ihre Teilnahme am öffentlichen Verkehr ist zwangsläufige Folge, birgt jedoch auch Gefahren, vor denen wir Kinder bestmöglich schützen müssen.

Ziel muss es daher ein, Kinder altersgemäß zur Teilnahme am öffentlichen Straßenverkehr zu befähigen und ihnen verkehrsgeschützte Freiräume zu schaffen. Hierzu ist es erforderlich, dass weiterhin Verkehrserziehung schon im Kindergarten und anschließend in der Grundschule regelmäßig durchgeführt und die Teilnahme am Straßenverkehr als Fußgänger oder auch Radfahrer praktisch eingeübt wird.

Neben den Kindertageseinrichtungen und den Schulen sind in erster Linie die Eltern bei der Sicherung ihrer Kinder vor den Gefahren im Straßenverkehr gefordert. Hierzu gehören gemeinsam zurückgelegte Gänge oder Fahrradtouren von Eltern und ihren Kindern, bei denen die Eltern die Kinder für Gefahren sensibilisieren, unabdingbar dazu. Welche Vorkehrungen für die Mitnahme von Kindern im Auto je nach Alter des Kindes zu treffen sind, könnte allen Erwachsenen dadurch vermittelt werden, dass dieses Thema in den Fahrschulunterricht integriert wird.

Zur Sicherheit von Kindern im Individualverkehr ist es ferner notwendig, dass Verkehrsmittel kindersicher ausgestattet werden. Dies betrifft insbesondere die Sicherheit der Schulbusse: Sie sind für die Verkehrssicherheit von Schulkindern bei Überlandwegen oder in verkehrsdichten Städten unverzichtbar, müssen dann aber auch durch gesicherte Haltestellen und bei jüngeren Kindern durch Begleitpersonen selbst sicher ausgestaltet werden. Notwendig ist zudem eine strenge Überprüfungen von Kindersitzen. Auch in Flugzeugen sollten vorgehaltene Kindersitze selbstverständlich sein.

Konkret wird sich die Kinderkommission

- über die Angebote des ADAC für Kinder und deren Sicherheit im Straßenverkehr informieren und
- schriftlich bei der Deutschen Bahn dafür einsetzen, dass ihr Service-Programm „Kids on tour“ auch auf Streckenverbindungen nach bayerischen Städten ausgeweitet wird.

Kinderarmut

Verantwortlich: MdL Dr. Simone Strohmayr

Eine Klassenfahrt, gemeinschaftliches Kicken im Fußballverein oder auch die angesagte Markenjeans: All dies ist für viele Kinder und Jugendliche unerreichbar – auch in einem so reichen Land wie Bayern. Nach Auskunft der Wohlfahrtsverbände leben dort etwa 140 000 Kinder unter 15 Jahren in Haushalten, die Hartz IV empfangen. Fast jedes sechste Kind im Freistaat wird von einem alleinerziehenden Elternteil versorgt - und ist somit einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt. Neben Alleinerziehendenhaushalten stellen ausländische sowie kinderreiche Familien Gruppen dar, in denen der Anteil armer Kinder besonders hoch ist. Von den mit Abstand höchsten Kinderarmutsrisikoquoten sind jedoch Familien betroffen, in denen kein Elternteil einer Erwerbsarbeit nachgeht und/oder die in den Regelungsbereich des SGB II fallen.

Es muss daher Anliegen des Bayerischen Landtags sein, nach effektiven Wegen zu suchen, um Kinder aus der Armut herauszuholen. Die Kinderkommission wird daher Möglichkeiten ausloten, um

- über monetäre Leistungen tatsächlich eine spürbare Einkommensverbesserung in den Familien zu bewirken. Hierbei soll auch der Einsatz von Sach- und Dienstleistungen geprüft werden.
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter voranzutreiben und damit die Erwerbsbeteiligung der Eltern, insbesondere der Alleinerziehenden, zu fördern.
- um Menschen mit Migrationshintergrund eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu verschaffen
- die Bildungsarmut zu bekämpfen, da sie mit der materiellen Armut sehr häufig korreliert

Kinder und Medien

Verantwortlich: MdL Dr. Simone Strohmayer

Kinder und Jugendliche wachsen heute mit allen Medien auf. Längst haben moderne Informations- und Kommunikationstechnologien in Kita und Schule Einzug gehalten, sie sind wesentlicher Bestandteil in Ausbildung und Beruf, kaum einer möchte im Alltag auf sie verzichten.

Medien können jedoch bei übermäßigem und unsachgemäßem Konsum viele negative Auswirkungen auf die Gesundheit insbesondere von Kindern und Jugendlichen nach sich ziehen. Untersuchungen haben ergeben, dass Kinder, die besonders viel Zeit beispielsweise mit dem Handy, vor dem Fernseher oder im Internet verbringen, ein erhöhtes Risiko für auffällige Verhaltensweisen, wie Aufmerksamkeitsstörungen, Alkohol- und Drogenkonsum, Fettleibigkeit, schlechte Schulnoten und Rauchen, aufweisen.

Dabei sollte man bedenken: Alles, was wir lesen oder hören, kann auf einer unbewussten Ebene unsere Einstellungen mehr oder weniger stark beeinflussen. Das gilt für Kinder ebenso wie für Erwachsene. Kinder gelten jedoch als weitaus empfänglicher. Der Medienmanipulation ist also Tür und Tor geöffnet, wenn keine Maßnahmen zum Schutze der Kinder und Jugendlichen getroffen werden.

Die Erfahrungen aus der Vergangenheit haben gezeigt, dass Kontrollinstanzen wie die KJM, FSM oder die USK die Eltern zwar von der Aufgabe entlasten, einzelne Spiele oder Internetseiten auf ihre Jugendeignung hin zu beurteilen. Auch können technische Sicherheitsvorkehrungen wie Webfilter, die den Zugriff auf unerwünschte Inhalte im Netz verhindern, behilflich sein. Die absolute Sicherheit per Label und per Knopfdruck gibt es allerdings nicht. Solche Maßnahmen können nie Ersatz für die elterliche Aufmerksamkeit sein und selbst diese stößt an ihre Grenzen, da der Nachwuchs niemals lückenlos im Alltag begleitet werden kann.

Es gibt also deutlich mehr zu tun, damit der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor den Gefahren der Medien gelingen kann. Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags wird daher

- die Missstände näher beleuchten und nach Möglichkeiten suchen, wie dem entgegengetreten werden kann
- das Ziel verfolgen, die Medienkompetenz der Kinder und Jugendliche zu stärken, damit dieser Personenkreis selbst die Gefahren der Medien einzuschätzen lernt und dementsprechend handeln kann.

UN-Kinderrechtskonvention

Verantwortlich: MdL Dr. Simone Strohmayer

In Deutschland sind Kinder und Jugendliche seit Inkrafttreten des Grundgesetzes selbstverständlich ebenso wie Erwachsene Träger der Menschenrechte. Darüber hinaus gibt es aber Bestrebungen, die Rechte und das Selbstbewusstsein von Kindern und Jugendlichen in besonderem Maße zu stärken, insbesondere seitdem sich die Vereinten Nationen 1989 auf eigene Rechte von Kindern und Jugendlichen geeinigt und in der Folge eine Kinderrechtskonvention ins Leben gerufen haben. Die Bundesrepublik Deutschland hat das 54 Artikel umfassende Dokument unterschrieben und sich damit verpflichtet, diese Rechte für alle Kinder in Deutschland Lebenswirklichkeit werden zu lassen. Ob diese Verpflichtung eine Änderung des Grundgesetzes erfordert oder ob anderen Maßnahmen der Vorzug gegeben werden soll – auch dieser Frage will die Kinderkommission nachgehen.

Jedoch tat die damalige Bundesregierung dies unter Vorbehalt, insbesondere was Flüchtlingskinder betrifft. Die UN-Kinderrechte gelten für sie in Deutschland und damit auch im Freistaat Bayern bislang mit dieser Maßgabe. So haben z. B. junge Menschen, die vor Krieg und Gewalt aus anderen Ländern flüchten, nicht automatisch die gleichen Rechte wie diejenigen, die hier geboren sind. Kinderschutz- und Menschenrechtsorganisationen betrachten dies als einen Skandal.

Zudem hat die Bundesregierung ihren beim UN-Ausschuss für die Rechte der Kinder in Genf bis zum 4. April 2009 abzugebenden Bericht zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention noch nicht abgegeben.

Die UN-Kinderrechtskonvention existiert nun schon seit mehr als 20 Jahren. Trotzdem ist die Bundesrepublik nach wie vor kein in jeder Hinsicht kinderfreundliches Land. Bund, Länder und Kommunen müssen daher mehr als bisher Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen.

Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags wird daher

- sich für ein kinderfreundliches Bayern einsetzen
- die Aufklärung der Kinder und Jugendlichen vorantreiben. Denn: Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch einfordern.

Schulische Bildung von Kindern

Verantwortlich: MdL Eva Gottstein

Bildung ist die entscheidende Ressource für die Zukunft unserer Kinder und damit unserer Gesellschaft. Die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems ist eine der größten Herausforderungen für unsere Politik. Hervorzuheben ist besonders die Chancengleichheit in unserem Bildungssystem. Denn allen Kindern soll, unabhängig von Alter, sozialer Herkunft und Migrationshintergrund die bestmögliche Bildung angeboten werden, um ihnen die Möglichkeit zu geben, zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten heran zu reifen, ihnen Werte unseres Gemeinwesens zu vermitteln und sie auf das Leben in der Gesellschaft vorzubereiten, in der sie gerne Verantwortung für sich und andere übernehmen können.

Daher setzt sich die Kinderkommission dafür ein

- im schulischen Bereich die Bildungsmöglichkeiten der Kinder weiter zu verbessern
- die öffentliche und politische Debatte zu verstärken, um spezifische Gesichtspunkte in diesem Bereich zu ergänzen
- zu beobachten, inwieweit Bildungssysteme anderer Staaten für Bayern bereichernd sein können

Selbst- und Mitbestimmungsrechte von Kindern

Verantwortlich: MdL Eva Gottstein

Junge Menschen in Bayern interessieren sich immer weniger für Politik und ihre Gremien. Bei der letzten Kommunalwahl im März 2008 – die Wahlbeteiligung hatte ohnehin ein historisches Tief von 59,5 Prozent erreicht – gingen weniger als die Hälfte der Berechtigten im Alter von 18 bis 25 Jahren an die Urnen.

Um dem entgegen zu wirken, sollten schon im Kindesalter die Selbst- und Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen gestärkt werden, damit sie zu verantwortungsbewussten engagierten Mitgliedern unserer demokratischen Gesellschaft heranwachsen können.

Die Kinderkommission braucht nicht zuletzt Unterstützung durch Kinder und Jugendliche, die selbst für ihre Interessen eintreten, aktiv ihre Umwelt mitgestalten wollen.

Daher setzt sich die Kinderkommission ein für

- die Stärkung der Teilhabe-Rechte von Kindern in deren unmittelbarer Umgebung (Kinder- und Jugendparlamente).
- altersangepasste Mitwirkungsmöglichkeiten in allen Bereichen der Gesellschaft.
- die Förderung von außerschulischen Angeboten in der Jugendarbeit.
- einen Kindertag im Bayerischen Landtag.

Kinder und Alltag

Verantwortlich: MdL Eva Gottstein

Kinder sind in unserer Gesellschaft besonders schutzbedürftige Mitglieder. Sie erkunden jeden Tag aufs Neue ihre Umgebung. Es ist darum Aufgabe der Erwachsenen, dafür Sorge zu tragen, dass die Belange der Kinder stärker ins Bewusstsein unserer Gesellschaft treten.

Als Schwerpunkt des Bereiches „Kinder und Alltag“ haben sich die Mitglieder der Kinderkommission für das Thema „Kinderlärm“ ausgesprochen.

Kinder machen Lärm, und das ist das normalste der Welt, sie kommen ihrem natürlichen Spiel- und Bewegungsdrang nach. Doch leider ist immer wieder Kinderlärm Streitpunkt im Alltag und nicht zuletzt vor Gericht. Kinder brauchen Freiräume, um sich zu mündigen, sozialen und verantwortungsbewussten Mitgliedern unserer Gesellschaft zu entwickeln, Kinder sind unsere Zukunft.

Die Kinderkommission wird sich

- durch Sachverständigenanhörung ein umfassendes Bild verschaffen
- einsetzen für notwendige gesetzliche Änderungen auf Landes- und Bundesebene
- mitwirken, um einen echten Bewusstseinswandel für ein kinderfreundliches Bayern/ Deutschland zu ermöglichen

Kinder und Ernährung/ Verbraucherschutz

Verantwortlich: MdL Claudia Stamm

Die jüngsten Verbraucherinnen unserer Gesellschaft, nämlich Kinder und Jugendliche, benötigen besonderen Schutz und Aufmerksamkeit, um ihnen eine gesunde Entwicklung zu ermöglichen. Das Recht auf gesunde Ernährung und unbedenkliches Spielzeug sind hierbei als wichtige Beispiele für Handlungsfelder der Politik zu nennen.

Gesunde und qualitativ hochwertige Ernährung ist eine wichtige Voraussetzung für Aktivität, Lebensqualität und Zufriedenheit bei Kindern und Jugendlichen während ihrer Entwicklung. Bewegungsmangel, ungünstige Essgewohnheiten, Essstörungen und mangelnder Bezug zu Qualität und Ursprung der Nahrung sind auch in Bayern mitverantwortlich für eine erschreckend hohe Zahl an dicken Kindern: So sind laut Schuleingangsuntersuchung 2008 8,8 % der ABC-Schützen übergewichtig, davon 3,4 % adipös.

Da ca. 40 % der übergewichtigen Kinder in ihrer weiteren Entwicklung auch dicke Erwachsene werden, entstehen hierdurch massive Kosten für das Gesundheitssystem. Bereits jetzt machen pro Jahr im deutschen Gesundheitssystem die Ausgaben ernährungsmitbedingter Krankheiten 30 % und damit ca. 80 Milliarden Euro aus. Diese Ausgaben wären durch präventive Aktionen und sensible Aufklärung über Ernährungsverhalten vermeidbar.

Die Kinderkommission wird sich auf der Basis des bestehenden Fachwissens mit den medizinischen, sozialen, kulturellen und finanziellen Aspekten schlechter Ernährung und Lebensweisen bei Kindern und Jugendlichen beschäftigen und hierzu Lösungsansätze erarbeiten.

Thematische Schwerpunkte hierbei sind in der verstärkten und verbesserten Aufklärung und Information von Eltern im Alltag und ErzieherInnen/ LehrerInnen in Betreuungseinrichtungen und Schulen über gesunde Ernährung und aktive Lebensweise mit mehr Bewegung zu setzen. Der Zusammenhang zwischen ungünstigen Ernährungs- und Lebensweisen und chronischen (z.B. Diabetes Typ 1)

oder anderen Erkrankungen sowie möglichem psychischen Leiden in Folge (Depressionen bei Übergewicht, etc.) soll dabei hervorgehoben werden. Hierbei sollen insgesamt auch Lösungsansätze erarbeitet werden, wie nichtdeutsche Eltern für das Thema sensibilisiert und darüber informiert werden können (bspw. bei mangelnden Kenntnissen der deutschen Sprache).

Darüber hinaus ist die Verbesserung der Ernährung in Gemeinschaftsverpflegungen ein wichtiges Ziel. Hierbei ist zu überprüfen, ob die bereits existierenden Projekte reichen oder ausgeweitet werden müssten. Auch die Sensibilität im Umgang mit Lebensmitteln und die Wertschätzung gesunder Produkte soll bei den Kindern und Jugendlichen durch Aktionen, wie bspw. gemeinsames Kochen, gestärkt werden.

Neben ungesunder Ernährung gefährden Giftstoffe in Spielwaren die Gesundheit der Kinder. Egal ob Schwermetalle, krebserregende Stoffe oder hormonähnliche Weichmacher; in Spielzeug sammeln sich katastrophale Mengen an Chemikalien, die die Kinder durch Berührung täglich aufnehmen.

So hat das BfR (Bundesinstitut für Risikobewertung) erst kurz vor Weihnachten wieder vor Chemikalien in Kinderspielzeug gewarnt und in diesem Zusammenhang auf die „steigende Zahl von Krebserkrankungen“ bei Kindern hingewiesen. Einer der besonders häufig verwendeten und giftigen Chemie-Cocktails darf laut EU-Spielzeugrichtlinie nur bis zu einer Konzentration von 100 Milligramm pro Kilogramm in Spielzeug vorhanden sein. „Schon in diesem Fall können Kinder bei einstündigem Hautkontakt ein Vielfaches dessen aufnehmen, was im Rauch von 40 Zigaretten am Tag enthalten ist“, warnt das BfR. Das Institut hält die gültige EU-Spielzeug-Richtlinie deshalb für völlig unzureichend.

Grenzwerte werden hier in Hinblick auf Erwachsene festgelegt.

Durch eine Novellierung der EU-Spielzeugrichtlinie muss schleunigst ein umfassender Schutz der Kinder vor diesen Giften erreicht werden. Hierbei ist es auch Aufgabe der Länderregierungen, sich auf Bundesebene für eine solche umfassende Novellierung stark zu machen. Darüber hinaus muss durch die für Hersteller und Importeure verpflichtende Analyse und Siegelvergabe durch ein

unabhängiges Prüfinstitut (wie beim GS-Siegel „Geprüfte Sicherheit“) die Unbedenklichkeit eines Spielzeugs für die Eltern klar und sicher erkennbar gemacht werden.

Kinder und Flucht / Integration

Verantwortlich: MdL Claudia Stamm

Für junge Neuzuwanderer, die zum Beispiel im Rahmen des Familiennachzugs nach Bayern kommen und zu alt für einen qualifizierenden Abschluss sind, gibt es häufig keine adäquaten Sprach- und Qualifizierungsmaßnahmen. Die Jugendmigrationsdienste sehen hier ein großes Defizit. Dies wirft die Frage auf, wie auch diesem Personenkreis eine Perspektive in unserer Gesellschaft eröffnet werden kann. Ein weiterer Themenschwerpunkt ist die Situation von Kindern, deren Eltern keinen legalen Aufenthaltsstatus haben. Diese Kinder leben in der Regel am Rand der Gesellschaft und sind ausgeschlossen von Bildung, Gesundheitsdiensten und Wohnraum, was sich extrem negativ auf die Sozialisation, auf Entwicklung und Teilhabemöglichkeiten der Kinder auswirkt.

Darüber hinaus ist auch die Situation von Jugendlichen mit prekärem Aufenthaltsstatus zu diskutieren. Es muss darüber nachgedacht werden, ob es auch für Kinder ohne Aufenthaltsstatus möglich sein sollte, in die Schule zu gehen und auf ihr Alter zugeschnittene Qualifizierungsmaßnahmen zu erhalten, um beispielsweise den Hauptschulabschluss nachholen zu können.

Besonders betroffen von sozialer Ausgrenzung sind Kinder von Flüchtlingen. Dies beginnt bereits bei der Unterbringung und Versorgung der betroffenen Kindern in den Gemeinschaftsunterkünften, in denen sie häufig beengt und unterhalb der Armutsgrenze leben müssen und in denen häufig keine Räumlichkeiten für Spiele und Hausaufgaben zur Verfügung stehen. Die eingeschränkte medizinische Versorgung und der enorme psychische Druck wirken sich negativ auf die Entwicklung der Flüchtlingskinder aus. Gerade in der Freizeit sind sie aufgrund ihrer marginalisierten Situation von Gleichaltrigen isoliert. Besonderes Augenmerk ist in diesem Zusammenhang auf die besondere Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge ab 16 zu richten. In diesem Zusammenhang stehen auch das 4-Stufen-Konzept – und insbesondere dessen praktische Umsetzung – sowie der deutsche Vorbehalt gegen die UN-Kinderrechtskonvention zur Debatte.

Auch bei Menschen mit Migrationshintergrund liegt die Armutsquote bei 25 Prozent. Ihr Einkommen liegt um 20 Prozent unter dem durchschnittlichen Nettoeinkommen und sie sind doppelt so häufig arbeitslos. Gleichzeitig gehören nicht EU-Ausländer überproportional häufig zu den kinderreichen Familien. Kinderreiche Paare mit drei oder mehr Kindern verfügen insgesamt über ein deutlich niedrigeres Einkommen als der Durchschnitt der Bevölkerung (ca. 15 %).

Kinder mit Migrationshintergrund haben durchschnittlich einen geringeren Bildungserfolg. 17 Prozent der Mädchen und 22 Prozent der Jungen mit Migrationshintergrund verlassen die Schule ohne Abschluss. Damit sind sie auf dem regulären Arbeitsmarkt so gut wie chancenlos. Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags wird sich deshalb auch mit politischen Lösungsansätzen und –vorschlägen zur Verbesserung der Bildungschancen von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund auseinandersetzen. Hierzu gehören u.a. der Ausbau der frühen Sprachförderung in Kitas und Grundschulen, mehr individuelle Förderung der Schüler, die gezielte Integration von Kindern mit Migrationshintergrund, die Einbeziehung der Eltern und die interkulturelle Fortbildung von ErzieherInnen und Lehrkräften.

Vernachlässigung und soziale Ausgrenzung

Verantwortlich: MdL Claudia Stamm

Die EU hat das Jahr 2010 in Übereinstimmung mit den Mitgliedsstaaten zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerufen. Vor diesem Hintergrund ist es so besonders wichtig, diese Schwerpunkte in der Kinderkommission zu setzen. Durch emotionale und physische Vernachlässigung, durch Gewalt und körperliche Strafen, werden Kinder stark in ihrem Wohlbefinden und ihrer Entwicklung beeinträchtigt. Gewalt wird als Modell der Konfliktbewältigung erlebt und selbst erfahrene Gewalt in der Kindheit steigert die künftige Gewaltbereitschaft der Betroffenen. In Bayern wurden im Jahr 2006 rund 15.000 Fälle von häuslicher Gewalt polizeilich registriert, wobei in jedem dritten betroffenen Haushalt Kinder lebten. Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien sind besonders häufig von Gewalt, Vernachlässigung und sozialer Ausgrenzung betroffen. Kinder aus sozial schwachen Familien zeichnen sich durch einen schlechteren Gesundheitszustand und häufigere psychische Auffälligkeiten aus. Sie haben deutlich schlechtere schulische und berufliche Chancen. Oft fehlt es den Eltern an grundsätzlichen Kompetenzen zur Lebens- und Alltagsbewältigung. Diese Kinder und Familien brauchen deshalb eine zielgerichtete und nachhaltige Unterstützung.

Eltern in schwierigen Lebenssituationen, minderjährige Eltern, alkohol- und suchtkranke Eltern sowie psychisch erkrankte Eltern brauchen zur Stärkung der Elternkompetenzen und bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung ein verlässliches Hilfe- und Unterstützungsangebot. Durch ein flächendeckendes System aufsuchender Früher Hilfen kann Vernachlässigung und soziale Ausgrenzung bereits in einem frühen Stadium erkannt und verhindert werden. Die Kinderkommission des bayerischen Landtags wird sich deshalb mit den organisatorischen und datenschutzrechtlichen Problemen bei der Implementierung niedrigschwelliger, aufsuchender sozialer Frühwarn- und Fördersysteme auseinandersetzen.

Ein wichtiger präventiver Ansatz zur Stärkung der Erziehungsverantwortung ist die Förderung des Ausbaus der kommunalen Infrastruktur der Eltern- und Familienbildung und –beratung. Hier gilt es, das Angebot an Mütter- und Nachbarschaftszentren, Erziehungsberatungsstellen und Familienbildungsstätten

weiter zu stärken und auszubauen. Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags wird sich intensiv mit der Auswertung der durch den Freistaat geförderten Modellprojekte Familienstützpunkte und Koordinierende Kinderschutzstellen beschäftigen. Eine dauerhafte finanzielle Absicherung und ein flächendeckender Ausbau dieser Angebote ist zu prüfen.

Neben der besseren Vernetzung der verschiedenen Akteure, geht es auch um eine Einbeziehung des Gesundheitswesens in die Präventions- und Hilfsarbeit, den Ausbau der kommunalen Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, eine bessere Qualifizierung der handelnden Akteure und die Stärkung nachbarschaftlicher Strukturen um gesellschaftlicher Isolation vorzubeugen. Die Gewährleistung eines effektiven Kinderschutzes hat für die Kinderkommission des Bayerischen Landtags höchste Priorität.

Kinder und Behinderung / Inklusion

Verantwortlich: MdL Brigitte Meyer

Der in den letzten Jahren vollzogene Paradigmenwechsel, auch unterstützt von der UN-Konvention zum Schutz von Menschen mit Behinderung, von der Fürsorge und Versorgung hin zur gleichberechtigten Teilhabe, war ein sehr wichtiger und richtiger Schritt. Das vorrangige Ziel der bayerischen Behindertenpolitik ist es deshalb, schrittweise die volle Inklusion der Menschen mit Behinderung in Gesellschaft und Beruf zu verwirklichen. Doch zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Leben in der Gemeinschaft bereits vom Kindesalter an gehört auch die Möglichkeit Freizeit sinnvoll gestalten, Kontakte knüpfen und Neues kennenlernen zu können.

Inklusion darf aber nicht ein rein gesetzliches Konstrukt bleiben. Damit Kinder mit Behinderung wirklich in die Gemeinschaft aufgenommen werden, muss die Inklusion erst noch alle Köpfe der Menschen erreichen, denn dort findet der wichtigste Part der Inklusion statt: die Annahme eines jeden Menschen, unabhängig von einer Behinderung. Dieses Ziel ist leider noch nicht erreicht. Daher muss es Aufgabe der Politik sein, diesen Prozess unterstützend zu begleiten. Erste Schritte dahingehend werden mit Formen der inklusiven Schule und integrativen Kindergärten bereits unternommen. Ein gemeinsames Aufwachsen und füreinander da sein ist ein wichtiger Ansatzpunkt hierfür.

Die Zahl der Menschen mit Behinderung in Bayern hat auf Grund der guten medizinischen Möglichkeiten kontinuierlich die letzten Jahre zugenommen. Und auch die Entwicklungsprognosen fallen immer besser aus. Viele Menschen mit Behinderung können heute mehr Kompetenzen und Selbständigkeit erlangen, als dies noch vor einigen Jahren möglich war. Dies liegt sowohl an der medizinischen Versorgung als auch an den technischen Hilfsmitteln und der immer weiter verbreiteten Barrierefreiheit. Um diesen Prozess weiter zu unterstützen, muss daher insbesondere Kindern mit Behinderung von Anfang an qualitativ hochwertige Förderung zgedacht werden, um sie von Anfang an zu fördern und bestmöglich an der Gesellschaft teilhaben zu lassen. Daher muss es Aufgabe der Politik sein, im Bereich der Frühförderung die Strukturen und Vernetzung mit anderen Stellen der Familien- und Jugendhilfe so herzustellen, dass eine bestmögliche Förderung gewährleistet ist.

Die Kinderkommission wird daher Aktionen starten, um

- Inklusion in die Köpfe der Menschen zu bringen
- die Wichtigkeit der Inklusion zu thematisieren
- die Strukturen im Bereich der Frühförderung bestmöglich zu gestalten

Kinder und Kultur

Verantwortlich: MdL Brigitte Meyer

Kultur ist ein schwer zu definierender Begriff. Am meisten Konsens besteht jedoch, wenn man als Kultur alles vom Menschen Erschaffene betrachtet. Dazu gehören auf der einen Seite Werte, Normen, Religionen, Weltanschauungen, und auf der anderen Seite Musik, die bildenden Künste, Architektur, Lyrik und Prosa.

In einer stark zunehmenden globalisierten Welt treffen immer mehr verschiedene Kulturen aufeinander. Das Umziehen und Arbeiten in einem weit entfernten Land ist keine Seltenheit mehr. So leben und arbeiten in Bayern Menschen mit ihren Familien aus vielen Nationen. Integration beginnt in den Köpfen der Menschen. Gerade Kinder verfügen über die große Begehung, anderen Menschen mit voller Neugier und ohne Voreingenommenheit gegenüberzutreten. Dies sollte man nutzen und im Rahmen von gezielten Projekten fördern. Daher sollte keine Chance ungenutzt verstreichen, Kindern immer wieder nahezubringen, unterschiedliche Kulturen zu akzeptieren und als positive Bereicherung wahrzunehmen.

Neuen Kulturen kann man sowohl im menschlichen Beieinander sein begegnen, aber auch im Rahmen von Ausstellungen und Museen. In Bayern gibt es eine Vielzahl von Museen und historischen Gebäuden, angefangen im künstlerischen Bereich, über die Geschichte der Menschheit bis hin zum naturwissenschaftlich-technischen Bereich. Im Rahmen von Museen können Kinder die schönen Künste genießen, die Welt entdecken, sich als kleine Forscher fühlen und ein bisschen mehr vom Leben verstehen. Viele Museen und Städte bieten bereits extra Ausstellungen für Kinder oder spezielle Führungen für Familien an, denn erst so macht Kultur den Kindern richtig Spaß. Damit Familien und Lehrer noch bessere Angebote speziell für Kinder zur Kulturbildung ausfindig machen können, bietet sich hierzu die Erarbeitung eines Elternratgebers „Kultur für Kinder“ an.

Laut Sozialbericht stellen für Kinder und Jugendliche die neuen Medien einen wichtigen Part in ihrem Freizeitverhalten dar. Projekte wie das „Filmende Klassenzimmer“ verdeutlichen Jugendlichen, wie ein Film entsteht und führen sie so in den Bereich der Medienproduktion ein. Sich selber künstlerisch engagieren zu können im Bereich der neuen Medien ist für viele eine hochinteressante Erfahrung. Somit sollten auch die neuen Medien in der Kultur nicht fehlen.

Die Kinderkommission wird daher

- Aktionen und Programme ins Leben rufen, mittels denen Kindern beigebracht wird, unterschiedliche Kulturen zu akzeptieren und als positiv wahrzunehmen
- Einen Elternratgeber „Kultur für Kinder“ ins Leben rufen
- Die neuen Medien in die Aktionen zur Kultur für Kinder miteinbeziehen

Kinder und Gesundheit / Sport

Verantwortlich: MdL Brigitte Meyer

Kinder zu einer gesunden Lebensweise zu erziehen ist eine sehr wichtige Aufgabe der Eltern und der gesamten Gesellschaft. Ein gesunder Lebensstil erweist sich als beste Präventionsmaßnahme vor physischen und psychischen Leiden. Daher sollte unter Gesundheit nicht nur die körperliche, sondern auch die geistige Gesundheit ins Zentrum der Arbeit der Kinderkommission gerückt werden.

Laut Sozialbericht offenbaren viele Studien, dass insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund oder aus sozial benachteiligten Gruppen häufiger Unfälle erleiden, einen schlechteren Zahnzustand aufweisen und bei den Schuleingangsuntersuchungen eine häufigere Notwendigkeit der Frühförderung im sprachlichen und motorischen Bereich offenbaren. Das höhere Verletzungsrisiko ergibt sich oft aus mangelndem Präventionsverhalten, beispielsweise durch das Weglassen eines Fahrradhelmes beim Fahrrad fahren. Im Bereich der Zahngesundheit vereint eine immer kleinere Gruppe den größten Teil der Zahnerkrankungen auf Grund von mangelnder Zahnhygiene.

Schuleingangsuntersuchungen zeigen, dass fast 10% der Kinder unter Übergewicht oder Adipositas leiden, darunter überproportional Kinder aus benachteiligten Gruppen oder mit Migrationshintergrund. Diese Kinder haben auch eine größere Vorliebe für ernährungsphysiologisch eher ungünstige Essgewohnheiten wie Fast Food und stark zuckerhaltige Erfrischungsgetränke. In Anbetracht dieser Erkenntnisse wird deutlich, dass hier möglichst früh angesetzt werden muss, um eine gesunde Lebensweise zu etablieren. Prävention statt Reaktion, muss hier der Grundsatz lauten. Daher muss an die Eltern appelliert werden, ihren Kindern eine gesunde Lebensweise vorzuleben. Darüber hinaus müssen Aktionen für Kinder und Jugendliche ins Leben gerufen werden, die ihnen die Notwendigkeit einer gesunden Lebensweise aufzeigen und ihnen auch demonstrieren, wie man mit Spaß durch Sport und gesundes Essen fit und gesund sein kann.

Im späteren Jugendalter tritt ein ganz spezielles Risiko für die gesundheitliche Entwicklung auf. An Magersucht oder Bulimie erkranken in der Adoleszenz und im frühen Erwachsenenalter 1-3% der Frauen. Diese gefährliche Krankheit, die auch zum Tode führen kann, geht häufig mit einer gestörten Selbstwahrnehmung einher. Darüber hinaus ergeben Studien, dass viele Mädchen in der Adoleszenz unglücklich

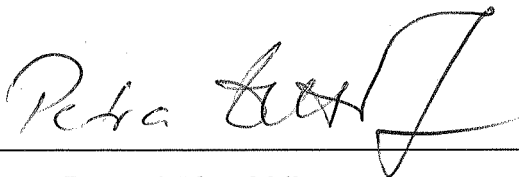
mit ihrem eigenen Körper sind und sich im Vergleich mit Fotomodells und Stars unattraktiv erleben. Daher sollte es auch ein wichtiges Anliegen der Politik sein, sich mit dieser Thematik auseinander zu setzen und im Rahmen von Workshops oder Aktionen auf diese Thematik aufmerksam zu machen und Projekte zur primären Prävention starten. Eine mögliche Strategie wäre eine Zusammenarbeit mit Hochglanzmagazinen, welche Workshops für Jugendliche anbieten, um ihnen die Möglichkeiten der Fotomontage zu erläutern, um bei den Jugendlichen einen Sinn für Realitäten zu entwickeln.

Die Kinderkommission wird daher

- Appelle und Aktionen für eine gesunde Lebensweise starten.
- das Thema Bulimie in die Öffentlichkeit rücken und ihr mit Aktionen begegnen.

München, den 20. April 2010

Für die Kinderkommission des Bayerischen Landtags



Petra Dettenhöfer, MdL

(Vorsitzende des 1. Turnus)